



Größe gefragt

Wenn es ums Bürgergeld geht, hat Dieter Althaus schon gezeigt, dass es am langen Atem nicht fehlen soll. Denn obwohl er von den CDU-Größen das ein oder andere gutwillige Kopfnicken erntete, fehlt es ihm bislang an breiter Unterstützung.

Dabei sprechen die Fakten durchaus für ihn. Unser aus Bismarcks Zeiten stammendes Sozialsystem ist auf Vollbeschäftigung ausgerichtet. Doch die Sockelarbeitslosigkeit wächst seit 30 Jahren. Es ist zweifelhaft, ob jemals wieder ausreichend existenzsichernde Jobs zur Verfügung stehen. Alle bisherigen Reformen haben, wenn überhaupt, nur kurzzeitige oder kosmetische Wirkung gezeigt. Die Werkzeuge des 19. Jahrhunderts sind den Herausforderungen des 21. offensichtlich nicht gewachsen.

Dennoch wird es für Althaus und seine Unterstützer nicht leicht, mit ihrer Sichtweise zu überzeugen. Zunächst ist entscheidend, ob die CDU-Vorstände die Größe haben, den Vorschlag eines anderen gutzuheißen. Und selbst dann wird es beim Solidarischen Bürgergeld über die Partei hinaus nicht nur darum gehen, für Vertrauen in den Arbeitswillen der Menschen zu werben, sondern auch darum, Eifer und Ernstigkeit zu überwinden. **O.W.**

Neue Änderungen bei der Bahn

RE 12 Leipzig-Gera-Hof-München am Samstag, 24. März, 21.15 - 21.45 Uhr: Der Regional-Express 4018 (planmäßige Ankunft 21.39 Uhr in Leipzig Hbf) wird von Leipzig-Plagwitz bis Leipzig Hbf durch einen Bus ersetzt.

RB 33 Gera-Saalfeld in den Nächten Montag/Dienstag, 26./27. und Dienstag/Mittwoch, 27./28. März, jeweils 23.15 - 6.30 Uhr: Die Regionalbahn 16268 (22.27 Uhr ab Saalfeld) wird von Weida bis Gera Hbf durch einen Bus ersetzt (Ankunft in Gera Hbf 28 Minuten später). Die Regionalbahn 16238 nach Weimar (planmäßig 23.33 Uhr ab Gera Hbf) wartet in Gera Hbf den verspäteten Anschluss vom Schienenersatzverkehr ab und verkehrt bis zu 30 Minuten später. Ab Weimar fährt dieser Zug weiter bis Erfurt Hbf. -Die Regionalbahn 16273 (planmäßig 4.35 Uhr ab Gera Hbf) fährt ab Gera Hbf bis zu 33 Minuten später in Richtung Saalfeld. Der Regional-Express 16132 nach Erfurt (planmäßig 6.12 Uhr ab Saalfeld) wartet in Saalfeld den verspäteten Anschluss ab. Die Regionalbahn 16845 nach Lichtenfels (5.59 Uhr ab Saalfeld) wird in Saalfeld nicht erreicht.

RB 51 Leipzig-Gera in der Nacht Samstag/Sonntag, 24./25. März, 23.30 - 0.05 Uhr: Die Regionalbahnen 16389 (23.06 Uhr ab Leipzig) sowie 16384 (Ankunft 23.59 Uhr in Leipzig) werden zwischen Leipzig Hbf und Leipzig-Plagwitz durch Busse ersetzt. Der Ersatzbus ab Leipzig Hbf verkehrt 26 Minuten später.

RB 60 Sonneberg-Lichtenfels am Samstag, 24. März, 15.00 - 24.00 Uhr und Samstag, 31. März, 13.00 - 24.00 Uhr: Die Regionalzüge werden zwischen Coburg und Lichtenfels durch Busse ersetzt. Es verkehren jeweils zwei Ersatzbusse. Ein Bus fährt zur planmäßigen Abfahrtszeit und bedient alle Unterwegshalte. Ein Schnellbus verkehrt ohne Halt (bzw. nur mit Halt in Ebersdorf) zwischen Lichtenfels und Coburg. Aus/In Richtung Sonneberg besteht in Coburg Anschluss an/von die/den Schnellbusse(n).

Angaben ohne Gewähr. Weitere und bereits veröffentlichte, noch gültige Änderungen unter >> www.otz.de/ratgeber

FH Erfurt informiert zu Studiengängen

Erfurt (OTZ). Die Fachhochschule Erfurt lädt am Samstag, dem 24. März, von 10 bis 16 Uhr zum FH-Informations-Tag ein. Unter dem Motto „Fit fürs Studium“ informieren Professoren, Mitarbeiter und Studierende der FH sowie externe Stellen rund um Studium, Hochschule und Umfeld.

Hauptveranstaltungsort ist der Campus Altonaer Straße 25 mit Informationen. Das komplette Programm ist im Internet zu finden auf >> www.fh-erfurt.de

Interessante Einblicke in Welt der Wasserwerker



Karl und Peter Leibl schauen im Beisein von Rohrnetzmeister Hans-Peter Sewina in ein stark verkrustetes Gussrohr, das zum Tag des Wassers im Wasserwerk Schönfeld zu sehen war. Das Rohr diente seit 1900 in Greiz als Wasserleitung.

(Foto: OTZ/Christian Freund)

Althaus geht in nächste Runde

Solidarisches Bürgergeld Thema im CDU-Vorstand – Opielka: Schnelle Umsetzung denkbar

Von OTZ-Redakteur Oliver Will

Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) bleibt dran am Thema Solidarisches Bürgergeld.

In der Diskussion um eine Aufnahme der Idee in die offizielle Linie der Christdemokraten steht der nächste wichtige Termin an: Am kommenden Montag, dem 26. März, werden sich Parteivorstand und Grundsatzprogrammkommission auf einem Symposium in Berlin damit auseinandersetzen. Bereits im November hatte Althaus das Konzept dem CDU-Parteitag vorgestellt, im Januar in den relevanten Arbeitsgruppen der Kommission dafür erworben. Unter anderem Kanzlerin Angela Merkel und Generalsekretär Ronald Pofalla hatten dies begrüßt, ein baldiger Beschluss wird jedoch nicht erwartet.

Auch Prof. Dr. Michael Opielka von der Fachhochschule Jena ist skeptisch: „Es geht um die ordnungspolitische Grundausrichtung der Gesellschaft, das braucht einen langen Atem.“ Der Soziologe hatte das Konzept des Solidarischen Bürgergeldes im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung begutachtet. Derzeit aber zeichne sich weder in der CDU

noch darüber hinaus eine Mehrheit für das Bürgergeld ab. „Insbesondere die Eliten identifizieren sich mit dem bisherigen System, denn sie haben es ja etabliert“, erklärt Opielka.

Das Solidarische Bürgergeld nach Althaus

- Jeder Bürger soll 800 Euro Bürgergeld erhalten, unabhängig davon, ob und wie viel er dazuerdient
- Einkommen aus Erwerbsarbeit werden mit 50 Prozent versteuert
- Wer mehr als 1600 Euro verdient, kann einen Steuersatz von 25 Prozent wählen, bekommt dann aber nur noch 400 Euro Bürgergeld

ner abgekoppelten Unterschicht, dem so genannten Prekariat. Die Angehörigen der Hartz-IV-Empfänger hinzugerechnet würden in manchen Regionen über 20 Prozent der Bevölkerung auf

freulicherweise beschließen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um das Thema zu verankern“, mutmaßt Opielka. Für eine Umsetzung des Konzeptes sei es aber auch nötig, die Sonderinteressen in der Gesellschaft überhaupt zu überwinden und zu bündeln. Bereits jetzt gebe es über Parteigrenzen hinweg viele Anhänger. „Die wohl konservativsten Gegner sind die Gewerkschaften, weil sie irrigerweise glauben, es gebe dann keinen Grund mehr, sich zu organisieren.“ Sollte es nach der nächsten Bundestagswahl jedoch eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen geben, könne es mit der Umsetzung sehr schnell gehen. „Das Bürgergeld würde der 'Jamaika-Koalition' eine gemeinsame gesellschaftspolitische Agenda bieten, deren Umsetzung noch in der ersten Legislatur denkbar wäre“, sagt Opielka.

unterstem Versorgungsniveau leben. „Wer so weit gefallen ist, kann seine Bezüge nur erhalten, wenn er resigniert“, sagt Opielka. Mitunter habe sich schon die dritte Generation in einem Leben mit möglichst hoher Ausnutzung der Bezüge eingerichtet. Die Botschaft des Solidarischen Bürgergeldes sei hingegen eine Ermunterung, sein Leben selbsttätig in die Hand zu nehmen. Der niedrige Sockel biete einen Anreiz, hinzuverdienen und leistungsbereit zu bleiben.

Das Vertrauen in das Bild vom arbeitswilligen Menschen sei aber gering. „Die CDU wird er-

DPoIG: Polizeireform „bitter notwendig“

Gewerkschaft unterstützt Landesregierung und begibt sich in Widerspruch zur GdP

Erfurt (dpa). Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) unterstützt ausdrücklich die von der Landesregierung geplante Polizeireform. „Die Reform ist bitter notwendig, und sie muss jetzt kommen“, sagte der DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Hoffmann in einem dpa-Gespräch.

„Anderenfalls besteht die Gefahr, dass sie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Wir brauchen die Optimierung der Polizeistrukturen aber drin-

gend.“ Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sowie Abgeordnete aller Fraktionen hatten Widerstand gegen das Reformwerk angekündigt. Das Konzept „Optopol“ sieht die Schließung des Polizeiverwaltungsamtes sowie drei der sieben Direktionen vor.

„Die Abschaffung des Verwaltungsamtes lehnen wir zwar ab, aber die Vorteile der Reform überwiegen deutlich“, betonte Hoffmann. „Vier Direktionen reichen für Thüringen völlig aus,

und die Reduzierung würde zu einer rationelleren Polizeiarbeit beitragen.“ Für den Bürger komme es nicht darauf an, wie viele Direktionen es gibt, sondern wie viele Beamte auf der Straße sind. „Zudem setzen manche Landkreise Polizisten noch immer für Aufgaben ein, die mit moderner Polizeiarbeit nichts zu tun haben, sondern den Ordnungsämtern obliegen.“ Die vorgesehenen verbleibenden Direktionen seien eine gute Lösung bis zu einer spä-

teren Gebietsreform, sagte der Gewerkschaftschef. Über die Standortfrage sollte im Übrigen das Innenministerium mit seinem Sachverstand und nicht das Parlament entscheiden.

Die Landtagsfraktionen hatten kürzlich Pläne kritisiert, wonach für die Errichtung der Polizeidirektionen nur noch das Ministerium ohne Mitsprache des Landtags zuständig sein soll. Das komme einer Entmachtung des Parlaments gleich.

Immer mehr wollen aufs Gymnasium

Dennoch sinken Schülerzahlen – Junge Union drängt auf Reform der Klassenstufen 11 und 12

Von OTZ-Redakteur Volkhard Paczulla

Thomas Fügmann sind die Unterschiede nicht neu. Sein Staatliches Schulamt Jena/Stadtroda, zu dem seit Februar nicht nur der gesamte Saale-Holzland-, sondern auch der Saale-Orla-Kreis gehört, ist nun mal so zugeschnitten worden.

Viel ländlicher Raum, wo sich etwa ein Drittel der Eltern entscheidet, seine Kinder nach der 4. Klasse auf ein Gymnasium zu schicken. Und Jena, Stadt der Wissenschaft 2008. Hier lag die Übertrittsquote schon immer nahe 50 Prozent.

Doch das sind alte Zahlen. „Wir verzeichnen eine erhebliche Steigerung“, sagt der Schulamtsleiter. Jetzt streben etwa 45 Prozent der Schüler in ländlicher Gegend zur gymnasialen Ausbil-

dung, in Jena sind es nahezu 60 Prozent. Fast alle, stellt Fügmann fest, haben auch die entsprechenden Zensuren. Eher wenige brauchten eine Laufbahnpflichtung oder Probeunterricht.

Zu hohe Spezialisierung gefährdet die allgemeine Studierfähigkeit.

Mario Voigt, Landesvorsitzender der Jungen Union

Das kann für eine tolle Qualität der Grundschulen sprechen. Es unterstreicht auch die Attraktivität des Gymnasiums. „Aber es entwertet gleichzeitig unsere Region“, ärgert sich Mario Voigt, Landeschef der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union. Vielleicht hat sich auch nur herumgesprochen, dass man in Thüringen durch geschickte

Abwahl von Hauptfächern in der gymnasialen Oberstufe ein relativ leichtes Abitur hinlegen kann.

Das eigenartige Kurssystem macht's möglich. Aber nicht mehr lange. Auerlegt von der Kultusministerkonferenz 2006 und gezwungen vom Absturz der Schülerzahlen an Gymnasien, wird Thüringen die Klassenstufen 11 und 12 reformieren. Gab es in den 1990er Jahren noch rund 86 000 Gymnasiasten, werden es im Schuljahr 2009/10 noch 42 500 sein. Wer will da für die Kurse noch ausreichend Wahlmöglichkeiten anbieten? „Die Frage ist, was Schüler können müssen“, sagt Stefan Grühner. Der Vizevorsitzende der JU studiert in Jena auf Lehramt und hält Kultusminister Jens Goebel (CDU) vor, die Reform nicht schnell genug voranzutreiben.

Prüfungsfächer hätten immer Mathematik und Deutsch zu sein sowie zwei weitere Fächer aus Natur- oder Gesellschaftswissenschaften und Fremdsprachen. 26 der 34 Wochenstunden Unterricht sollten die Gymnasiasten wieder im Klassenverband lernen und nur den Rest in Kursen.

Minister Goebel schwebt ähnliches vor. Er muss sich aber sagen lassen, dass Sachsen, wieder einmal, weiter ist. Für nächsten Dienstag sind alle rund 100 Gymnasial-Schulleiter Thüringens und die Leiter der Schulämter ins Erfurter Heinrich-Mann-Gymnasium eingeladen. Hier dürfen sie das endlich fertige Konzept aus dem Kultusressort diskutieren. Und im April noch einmal bei einem großen Bildungssymposium in Erfurt. Zum Start des Schuljahrs 2008/09 sollen die Lehrpläne dann angepasst sein.

Salz-Grenzwert für Werra ist Bundesamt zu hoch

Stadt Witzenhausen prüft Klage gegen K+S

Witzenhausen/Vacha (dpa). In der Debatte um die von dem Düngerhersteller K+S geplante Einleitung von zusätzlicher Salzlauge in die Werra hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) den geltenden Grenzwert als zu hoch bezeichnet.

„Auf Dauer sind 2500 Milligramm Salz je Liter nicht zu ertragen“, sagte BfN-Fachgebietsleiter Bernd Neukirchen am Donnerstag bei einer Anhörung mit etwa einem Dutzend Experten und mehr als 100 Zuschauern in Witzenhausen bei Kassel. Ein ökologisch guter Zustand der Werra wäre unmöglich, wenn sich die K+S mit ihren jetzigen Plänen durchsetzen würde. „Wie hoch der Grenzwert sein sollte,

müssen andere entscheiden. Wir wissen aber, dass die biologische Schädigungsschwelle bei 500 Milligramm liegt.“

K+S plant den Bau einer 63 Kilometer langen Pipeline von einem Werk in der Nähe von Fulda an die Werra, um Salz in den Fluss zu leiten. Das Thema ist in Hessen, Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zum Politikum geworden. Die Stadt Witzenhausen prüft eine Klage gegen K+S. Die Thüringer SPD-Fraktion rief andere Kommunen auf, dem Beispiel Witzenhausens zu folgen: „Wir brauchen die Solidarität aller, um die Pipeline zu verhindern. Es geht nur gemeinsam“, sagte die Abgeordnete Dagmar Becker.

Minister kandidiert nicht wieder als Naturparkchef

Friedrichshöhe (dpa). Der Verein Naturpark Thüringer Wald muss heute einen neuen Vorsitzenden wählen.

Thüringens Verkehrsminister Andreas Trautvetter (CDU) werde nach 13 Jahren im Amt nicht erneut kandidieren, teilte Naturpark-Geschäftsführer Florian Meusel mit.

Nach zahlreichen Amtswechseln in den Rathäusern und Landratsämtern müsse die Mitgliederversammlung in Bad Blankenburg gleich mehrere Vorstandsposten neu besetzen. Unter anderem würden der Landrat des Ilmkreises, Benno Kaufhold (CDU), sowie der Oberbürgermeister der Stadt Suhl, Jens Triebel (parteilos), erstmals für das Gremium kandidieren.

Unfallquelle auf B 281 bei Triptis wird beseitigt

Triptis (OTZ/sh). Auf der Bundesstraße 281 laufen derzeit Umbaumaßnahmen in Höhe der Autobahn-Anschlussstelle Triptis.

Die von der Bundesstraßenfahrbahn Gera – Saalfeld abgehende Spur zur A 9 in Richtung Berlin wird um fast 200 Meter nach Osten verlängert. Entsprechend wird auch die Beschilderung versetzt. Geplant ist, die Bauarbeiten noch vor Ostern abzuschließen.

Auf der im Dezember 2005 freigegebenen neuen Bundesstraße hatten sich auf der Strecke Gera – Saalfeld des öfteren Verkehrsteilnehmer durch die Beschilderung irritiert gefühlt und waren auf die Gegenfahrbahn geraten. Dadurch war es auch zu Verkehrsunfällen gekommen.

Sieben Jahre Haft und Sicherungsverwahrung

Angeklagter hat Mithäftling vergewaltigt

Gera (OTZ/HS). Im Prozess wegen Vergewaltigung eines Mithäftlings hat das Geraer Landgericht einen der beiden Angeklagten unter Einbeziehung eines anderen Urteils zu sieben Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Fälle gesehen und eine Gesamtfreiheitsstrafe von 13 Jahren gefordert. Die Verteidigung plädierte für Freispruch, da die sexuellen Kontakte aus ihrer Sicht freiwilliger Natur gewesen sind.

Das Gericht sah es als erwiesen an, das sich Steffen G. mit vier Gefangenen im Dezember 2003 in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hohenleuben an einem Zellen-genossen vergangen hat. G. äußerte sich nicht zu dem Vorwurf.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Angeklagt waren ursprünglich fünf Männer. Weil der 35-Jährige und ein 31-Jähriger auch in vorangegangenen Prozessen geschwiegen haben, wurde das Verfahren gegen sie abgetrennt. Gegen den 31-Jährigen wird weiter verhandelt. Nächster Prozessstag ist der 27. März. Von den übrigen drei Männern hatte das Landgericht im Januar 2006 einen freigesprochen. Die anderen wurden zu einem Jahr und neun Monaten bzw. zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Der erheblich vorbestrafte Steffen G. wurde in dieser Woche auch von einer anderen Kammer des Gerichts wegen Verleumdungen im vergangenen Jahr. G. äußerte sich nicht zu dem Vorwurf.

Gestohlenes Feuerwehrauto wieder da



Silvio Mahl (links) und Ortsbrandmeister Klaus Steiniger von der Cressener Feuerweh inspizieren die Gerätebox des Einsatzleitwagens. Dieser war in der Nacht zu Donnerstag gestohlen worden. Das Auto wurde später nahezu unversehrt, jedoch ohne die teuren Berge-Gerätschaften wie Scheren und Spreizer, in der Nähe des Tatortes von einem Schäfer entdeckt. (Foto: OTZ/Dieter Urban)